"Karl Czernetz: 'Österreich braucht Europa'" in Arbeiter-Zeitung (10. November 1957)

Legende: Am 10. November 1957 analysiert Karl Czernetz, sozialistisches Mitglied im österreichischen Nationalrat, in der Wiener Arbeiter-Zeitung die wirtschaftliche Lage Österreichs im Kontext der Debatten um die Pläne für eine große europäische Freihandelszone.

Quelle: Arbeiter-Zeitung. 10.11.1957, Nr. 262. Wien.

Urheberrecht: (c) Arbeiter Zeitung

URL: http://www.cvce.eu/obj/"karl_czernetz_osterreich_braucht_europa_"_in_arbeiter_zeitung_10_november_1957-de-cedabe52-f487-42ec-ba73-7f759bb19f0d.html

Publication date: 19/09/2012

Österreich braucht Europa

Von Nationalrat Karl Czernetz

Unsere österreichische Wirtschaft ist außerordentlich stark auf den Außenhandel angewiesen. Wollen wir in Österreich einen hohen Lebensstandard erreichen, die Vollbeschäftigung erhalten und soziale Sicherheit gewährleisten, dann müssen wir in hohem Maße Waren einführen und diese Einfuhr mit dem Erlös aus unseren Exporten bezahlen. Im Jahre 1956 hat Österreich Waren im Werte von 25,3 Milliarden Schilling eingeführt und Waren im Werte von 22 Milliarden Schilling exportiert. Die Eingänge aus dem Fremdenverkehr reichen nur aus, den Einfuhrüberschuß zu bezahlen.

Da Österreich als Binnenland keinen direkten Zugang zum Meer hat, spielt sich unser Außenhandel überwiegend mit europäischen Ländern ab. Mehr als 81 Prozent unseres Außenhandels betrifft europäische Länder. Dabei hat die politische Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg den Anteil der osteuropäischen Länder am Österreichischen Außenhandel sehr stark heruntergedrückt. Im Jahre 1956 haben wir aus Osteuropa nur 10 Prozent unserer importierten Waren bezogen, und wir haben nur 13,5 Prozent unserer Exporte nach den kommunistischen Oststaaten verkaufen können. Mehr als je zuvor ist also der österreichische Außenhandel auf Westeuropa ausgerichtet. So machten im Jahre 1956 unsere Importe aus den Staaten des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) nicht weniger als 71,6 Prozent unserer Einfuhr aus und 63 Prozent der von uns exportierten Waren verkauften wir in die OEEC-Staaten. Österreich ist also im stärksten Maße mit der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas verbunden.

Die Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs

Sechs der westeuropäischen Staaten, die bisher in der Montanunion vereinigt waren, haben sich nun entschlossen, einen gemeinsamen zollfreien Markt für alle Waren zu schaffen. Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg mit zusammen 164 Millionen Einwohnern bilden vom 1. Jänner 1958 an eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Im Laufe von zwölf Jahren wird der Handel zwischen diesen sechs Staaten völlig zollfrei erfolgen und nach außen hin werden sie alle gegenüber anderen Ländern die gleichen Zölle haben.

Davon wird Österreich stark betroffen. 53,4 Prozent unserer Importe kommen aus den sechs Staaten der Gemeinschaft; 50,5 Prozent der von uns exportierten Waren werden in die Länder der Gemeinschaft geliefert. Österreichs Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist also eine wahre Lebensfrage.

Andere europäische Länder, für die die Gemeinschaft der Sechs weniger Lebensfrage ist als für uns, haben es doch für notwendig gefunden, sich mit den neuen Problemen zu beschäftigen. Großbritannien will den europäischen Markt der deutschen Industrie nicht allein überlassen, tritt aber der Zollunion nicht bei; es will das Vorzugszollsystem des Commonwealth, des Weltreiches, aufrechterhalten. England will nun durch die Schaffung einer europäischen Freihandelszone die sechs Länder der Gemeinschaft mit den übrigen Mitgliedern des europäischen Wirtschaftsrates verbinden.

Die Freihandelszone

Die Freihandelszone, 17 Staaten mit 284 Millionen Einwohnern umfassend, soll loseren Charakter haben. So wie in der engeren Gemeinschaft der Sechs soll auch im Handel unter den Mitgliedern der Zone Zollfreiheit herrschen; nach außen aber soll jeder Staat seine Zollhoheit mit seinem eigenen Tarif behalten.

Eine Reihe europäischer Staaten hat den britischen Vorschlag sofort aufgegriffen und diese Pläne im Rahmen der OEEC unterstützt, insbesondere die skandinavischen Staaten, die Schweiz und Österreich. Vor kurzem wurde auf einer Tagung des Rates der OEEC in Paris der grundsätzliche Beschluß gefaßt, die Freihandelszone zu bilden. Der Vertrag soll gleichzeitig mit dem Vertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wirksam werden. Man täusche sich aber nicht über die Schwierigkeiten, die noch überwunden, über die Größe der Aufgabe, die noch bewältigt werden muß!

In der letzten Oktoberwoche hat die Beratende Versammlung des Europarates in Straßburg zu den neuen umwälzenden Wirtschaftsplänen Stellung genommen. In seinem einstimmig gefaßten Beschluß begrüßt der Europarat die Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs und drückt gleichzeitig die Überzeugung aus, daß die Schaffung einer europäischen Freihandelszone unbedingt notwendig ist. Der Europarat mahnt daher die Regierungen der Mitgliedsstaaten, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, damit die Verhandlungen über die Bildung der Freihandelszone im Rahmen der OEEC zu einem raschen Abschluß kommen.

Schwierigkeiten

Das besondere Ministerkomitee der OEEC, das zu diesem Zweck unter dem Vorsitz des britischen Ministers Maudling eingesetzt wurde, steht vor außerordentlich schwierigen Aufgaben, die in wenigen Wochen gelöst werden sollen. Große Sorgen bereitet die Verschiedenheit der Zölle, die von den einzelnen Staaten der Freihandelszone gegenüber außenstehenden Ländern (Drittländern) beibehalten werden. In der geplanten Freihandelszone sollen ja Länder mit niedrigen Zöllen und Staaten mit hohen Zöllen vereinigt werden. Die Schwierigkeiten werden dadurch entstehen, daß Importeure eines Hochschutzzollandes Waren aus Drittländern über eines der Niederzolländer einführen und dann zollfrei in ihr eigenes Gebiet bringen können. Um eine solche Umgehung der Zollvorschriften zu vermeiden, wird ein kompliziertes System von Ursprungsbestätigungen vorgeschlagen. Zur Überwachung wird zwischen den Ländern der Freihandelszone die Zollkontrolle aufrechterhalten werden müssen, obwohl im inneren Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten die Zölle beseitigt werden. Es wird mit Recht befürchtet, daß ein solches System neue Bürokratisierung mit sich bringen könnte — eine Gefahr, die am Ende nur durch eine Angleichung aller Zölle vermieden werden kann.

Der wichtigste Streitpunkt, an dem die Freihandelszone beinahe gescheitert wäre, war aber das Problem der Landwirtschaft. Großbritannien wollte ursprünglich die Landwirtschaft unter keinen Umständen in die Freihandelszone einbeziehen, weil neunzig Prozent der britischen Importe aus dem Commonwealth landwirtschaftliche Produkte sind. Die Agrarexportstaaten, wie Dänemark, Irland und Griechenland, haben sich heftig gegen diesen britischen Standpunkt gewehrt. Besonders Dänemark weigerte sich, seinen Markt der britischen Industrie zu öffnen, wenn Großbritannien nicht das gleiche für die Exporte der dänischen Landwirtschaft tun will. Es kam zu einem Vermittlungsvorschlag: Die Verhandlungen über eine Regelung der Landwirtschaft sollen parallel mit den Verhandlungen über die Freihandelszone geführt werden. Man hat den Eindruck, daß die Engländer kompromißbereit sind.

Mit der Neutralität hat das gar nichts zu tun

Die österreichische Bundesregierung hat sich für die Teilnahme an der Freihandelszone entschieden, die Teilnahme Österreichs an dem engeren Gemeinsamen Markt aber abgelehnt. Dafür sind von offiziellem Stellen verschiedene Begründungen gegeben worden.

Einerseits hieß es, daß Österreich mit Rücksicht auf seine Neutralität der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft fernbleiben müsse; anderseits wurde erklärt, daß Österreich politisch das Recht hätte, der engeren Gemeinschaft der Sechs beizutreten, da eine wirtschaftliche Verbindung der rein militärischen Neutralitätsverpflichtung in keiner Weise widerspricht, daß aber wirtschaftliche Gründe gegen eine solche Verbindung sprechen.

Es kann überhaupt nicht bezweifelt werden, daß die Teilnahme an einer Wirtschaftsgemeinschaft unserer Neutralitätsverpflichtung in keiner Weise widersprechen wird. Es wäre besser gewesen, wenn man bei diesen wirtschaftlichen Erörterungen gar nicht begonnen hätte, von der Neutralität, zu sprechen, die ja ausschließlich militärischen Charakter hat. Niemand in der Welt kann uns die Teilnahme an einer Wirtschaftsgemeinschaft verbieten, weil wir uns zur militärischen Neutralität verpflichtet haben.

Was die wirtschaftlichen Argumente betrifft, genügt es, auf die künftige Entwicklung zu verweisen. Wir finden die Freihandelszone heute bequemer, weil sie uns weniger Verpflichtungen auferlegt. Man soll sich aber nicht darüber täuschen, daß eine funktionierende Freihandelszone im Laufe von einigen Jahren immer

mehr Maßnahmen und Methoden der engeren Wirtschaftsgemeinschaft wird übernehmen müssen. Die angesehen englische Zeitschrift „The Economist“ schrieb kürzlich: „Wie der Gemeinsame Markt, so muß sie (die Freihandelszone) mehr und mehr eine »europäische Wirtschaftsgemeinschaft« werden.“

Österreichs Mitwirken

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat eine ausgezeichnete Studie über „Österreich und die europäische Integration“ herausgebracht, in der das Institut der Freihandelszone den Vorzug gibt. Aber die Schrift zeigt sehr deutlich, daß die Mitwirkung Österreichs in der Freihandelszone ernste Probleme bringen wird. Wir werden da und dort Umstellungsschwierigkeiten haben. Aber während es in der engeren Gemeinschaft der Sechs für die ausgleichende Regelung solcher Schwierigkeiten den Sozialfonds und den großen Investitionsfonds gibt, wird es in der Freihandelszone zunächst keine Institutionen dieser Art geben. Hier zeigen sich die Mängel der loseren Verbindung. Die Fachleute der OEEC und des Europarats zweifeln nicht daran, daß im Zuge der Entwicklung auch im Rahmen der Freihandelszone vieles nachgeholt werden wird, was heute noch nicht in den Plan der losen Verbindung hineinpaßt.

Österreich hat jedenfalls das größte Interesse daran, daß die Freihandelszone zustande kommt. Österreich braucht Europa! Es wäre für uns unerträglich, wenn sich unsere Nachbarn und Handelspartner zusammenschlössen und wir einem großen geschlossenen Wirtschaftsblock allein gegenüberstünden.

Die österreichischen Vertreter in den europäischen Wirtschaftskörperschaften müssen darum mit aller Entschiedenheit und größtem Geschick für die rasche Weiterführung und den baldigen Abschluß der Verhandlungen über die Bildung der Freihandelszone eintreten.

Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes wird bedeutende Vorteile bringen. Die ungeheure Erweiterung des Absatzgebietes wird zu einer Intensivierung der technischen Entwicklung führen, sie wird die Automation erleichtern und die Produktivität steigern. In Österreich aber müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Wirtschaft unseres Landes auf den gemeinsamen Markt vorzubereiten: Die österreichische Wirtschaft muß auf den freien Wettbewerb mit der ausländischen Wirtschaft vorbereitet werden. Dazu sind große Investitionen, weitgehende Modernisierung und Rationalisierung notwendig. Diese Umstellung unserer Wirtschaft wird große Mittel erfordern und am Anfang auch Opfer verlangen. Es soll sich niemand darüber täuschen, daß die Opfer nicht allein von der Arbeiterschaft getragen werden können.